

# Bildung, die ankommt!

Schulpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt  
Magdeburg, 7. März 2009

## Schul-Plan: „Unter welcher finanziellen und personellen Situation werden wir künftig gute Schulen in Sachsen-Anhalt gestalten können?“

Matthias Höhn, bildungspolitischer Sprecher und Landesvorsitzender der LINKEN

Anrede

Mit Blick auf das Thema meines Beitrages möchte ich mit einer ungewöhnlichen These beginnen: **Geld ist nicht unser drängendstes Problem.**

Dabei nehme ich nicht Bezug auf die Tatsache, dass momentan angesichts der geschnürten Pakete zur Bewältigung der Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise scheinbar jede Summe darstellbar geworden ist.

Waren in den vergangenen Jahren die dramatisch zurückgehenden Schülerzahlen *die* große schulorganisatorische und schulstrukturelle Herausforderung, werden es in den kommenden Jahren die Lehrerinnen und Lehrer sein.

Vor einigen Tagen war in der Frankfurter Allgemeinen<sup>1</sup> zu lesen: „Super-Lehrer dringend gesucht“. In diesem Artikel hieß es unter anderem:

*„Wir haben im Wettbewerb um Lehrer eine Eskalationsstufe erreicht, die die Schamgrenze verletzt. Derart aggressive Abwerbungsmethoden, wie wir sie jetzt erleben, werden nicht nur von mir sehr kritisch gesehen.“*  
(Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle)

Und etwas später wird der Bildungsforscher Klaus Klemm zitiert:

*„Bei gleicher Schüler-Lehrer-Relation entsteht jedes Jahr im Durchschnitt ein Bedarf an 22.000 bis 23.000 neuen Lehrern [...] Die finanzstarken Länder grasen den Markt vor allem in den Mangelqualifikationen ab.“*

Gute Schule braucht gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Darüber haben wir heute Vormittag eine ganze Menge gehört und diskutiert. Erfolgreiche Schule braucht aber auch *ausreichend* Lehrerinnen und Lehrer.

## Personalentwicklungskonzept der Landesregierung

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, das Landespersonal deutlich zu reduzieren. In der aktuellen Überarbeitung (2008) geht die Landesregierung von einer Zielzahl von 19 sog. Vollzeitäquivalenten auf 1000 EinwohnerInnen aus, derzeit sind es 23. Damit wäre eine Personalreduzierung bis 2020 von heute rund 60.000 Stellen auf dann 43.500 Stellen verbunden.

Im allgemeinbildenden Bereich wird von der Landesregierung eine Fortschreibung nach dem Auslaufen der jetzigen Schulentwicklungsplanperiode 2014 auf dem Niveau von 13.000 VZLE angestrebt, derzeit sind es gut 14.500.

Diese Zielmarken resultieren aus dem politischen Willen der Koalition, auf die prognostizierten Einnahmeverluste in den kommenden Jahren bis 2020 und darüber hinaus mit einer Reduzierung der Personalausgaben zu reagieren. Allerdings, und dies ist durch DIE LINKE seit Vorlage der ersten Überlegungen zu Beginn der Legislaturperiode vorgetragen worden, beinhalten diese konzeptionellen Vorstellungen allein eine haushalterische bzw. quantitative Betrachtungsweise. Völlig nachrangig werden

---

<sup>1</sup><http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E547D92F601D64F8296BCAC89E6F2CDBD~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

dabei die Fragen der Nachwuchsgewinnung bzw. Neueinstellungen, aber auch qualitative Parameter einbezogen, d.h. welche Aufgaben sollen denn landesweit erfüllt werden und wie viele Landesbedienstete brauchen wir dafür.

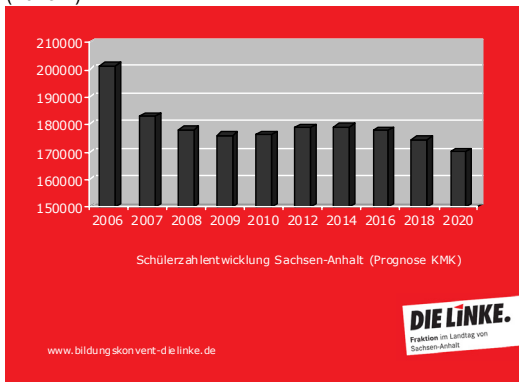
Die Frage, wie groß unser perspektivischer Lehrkräftebedarf ist, kann jedoch nicht einfach über einen schlichten Vergleich mit anderen Bundesländern beantwortet werden. Die Parameter, vor allem jene, die politisch beeinflussbar sind, sind in ihrer Veränderbarkeit begrenzt.

(Folie 1)



Die Gesamtschülerzahl wird in den nächsten Jahren im Wesentlichen konstant bleiben. Bis 2020 wird sie sich in einem stabilen Fenster zwischen 170.000 bis 180.000 Schülerinnen und Schülern bewegen.

(Folie 2)



Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist immer wieder die Klassenfrequenz im Fokus der Betrachtung. Auch mit Blick auf qualitative Zielstellungen wäre hier eine moderate Erhöhung vertretbar. Andere Bundesländer haben mit höheren Klassenfrequenzen als hierzulande bessere Ergebnisse erzielt. Allerdings ist die Klassenfrequenz nicht beliebig zu erhöhen. Die strukturellen Gegebenheiten in Sachsen-Anhalt setzen diesen Überlegungen deutliche Grenzen. Das Schulnetz ist in den vergangenen Jahren erheblich ausgedünnt worden. Die Wege, die Schülerinnen und Schüler mittlerweile zurückzulegen haben, haben das Maß des Erträglichen in vielen Fällen erreicht oder sogar überschritten. Dennoch sind die (fusionierten und) nach der Schulentwicklungsplanung bestandsfähigen Schulen in ihrer Mehrzahl bei Weitem nicht so groß, dass sich hier spürbare Veränderungen erreichen ließen. Die meisten Schulen, vor allem im Sekundarbereich, sind 2- bis 3-zügig. Hier existiert de facto kein Spielraum für die Vergrößerung von Klassen. Wollte man ernsthaft im bestehenden System der Schulentwicklungsplanung spürbare Effekte erzielen, bliebe nur der Weg weiterer drastischer Einschnitte in das Schulnetz. Dies wäre aus unserer Sicht unter den landesspezifischen Bedingungen dünn besiedelter Gebiete kaum vertretbar, geschweige denn politisch durchsetzbar.

Nicht zuletzt darum haben wir uns entschieden, für einen Umstieg bei der Planung der Schulstruktur in Sachsen-Anhalt zu werben. Wir wollen wegkommen von den starren Vorgaben zu Mindestgrößen und Zügigkeiten und hin zu einem flexibleren System der schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung im gesamten Schulbereich. Dies würde bei gleichzeitiger Übergabe der Personalbewirtschaftung an die kommunale Ebene den Weg öffnen, vor Ort mit den betroffenen Lehrkräften und Schulen nach optimalen Lösungen zu suchen.

## Ersatzbedarfe im Lehrkräftebereich

Ich will zurückkommen zu meiner Eingangsthese. Fragen der Haushaltskonsolidierung und einer effektiven Personalbewirtschaftung haben ohne Frage ihre Existenzberechtigung. Nachhaltige Politik darf die haushalterischen Spielräume nicht aus den Augen verlieren. 20 Milliarden Euro Schulden lasten auf unserem kleinen Bundesland. Niemand sollte davor die Augen verschließen – auch wenn selbst 20 Milliarden angesichts der aktuellen Ereignisse ein wenig an ihrer Wirkung verlieren, aber nur scheinbar. Die aus meiner Sicht bei Weitem größere und aktuellere Herausforderung ist jedoch die Frage, wie die Stellen, seien es nun 13.000 oder 14.000, in den nächsten Jahren besetzt werden sollen. Wer diese Frage aus den Augen verliert, leistet dem Land einen Bärendienst.

Ab der Mitte der kommenden Legislaturperiode werden Tausende von Lehrkräften aufgrund der Altersstruktur der Beschäftigten aus dem Schuldienst ausscheiden. Werden nicht schnell, sehr schnell die Voraussetzungen geschaffen, diesen Ersatzbedarf zu befriedigen, werden wir spürbare Qualitätsverluste an unseren Schulen erleiden. Die Schülerinnen und Schüler können dann vielleicht auf eine Reduzierung der von ihnen zu bewältigenden Schuldenlast blicken können. Ob sie das jedoch entschädigt für eine schlechtere Schulausbildung und damit schlechtere Perspektiven – und persönliche Perspektiven tausender Schüler sind am Ende immer gesellschaftliche Perspektiven – muss bezweifelt werden. Im Grunde läuft uns bereits jetzt die Zeit davon, die notwendigen Dinge auf den Weg zu bringen. Lehrerinnen und Lehrer sind in diesen Größenordnungen nicht über Nacht abrufbar, schon gar nicht unter den Bedingungen eines bundesweiten Wettrennens.

Waren die Lehrerinnen und Lehrer vor gut 20 Jahren noch in der Mehrzahl jünger als die erwachsene Gesamtbevölkerung, hat sich dies nun umgekehrt. Bundesweit steuern wir auf einen drastischen Lehrermangel zu, die ersten Anzeichen sind schon vorhanden. Vorsorge wurde in den letzten Jahren weitgehend versäumt. Aber auch aktuell wird kaum reagiert – zumindest in Sachsen-Anhalt.

Im Bildungsbericht der Bundesregierung 2008 wurde deutlich, dass die Situation in den westlichen Bundesländern noch schlechter ist als in den östlichen.

Für Sachsen-Anhalt ergibt eine Betrachtung der Altersstruktur des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen folgendes Bild:

(Folie 3)



## **LINKE Ansätze in der Personalpolitik**

DIE LINKE mahnt darum seit mehreren Haushaltsberatungen ein, hier endlich auch vonseiten des Landes Vorsorge zu treffen:

1. Die Kapazitäten der Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt werden dem erwarteten Bedarf bei Weitem nicht gerecht. Es erscheint uns dringend notwendig, im Zuge der derzeitigen Evaluierung der Zielvereinbarungen hierauf besonderes Augenmerk zu richten. Unser Ziel sollte sein, mindestens so viele Lehrerinnen und Lehrer auszubilden, wie nach der Bedarfsplanung erforderlich wären, um den Ersatzbedarf zu decken. Damit wäre immer noch nicht jede Fächerkombination ausreichend berücksichtigt, aber ein wichtiger Schritt wäre getan. Eine Aufstockung der Mittel für die Lehrerausbildung an der MLU ist damit zweifellos verbunden. Immer bedacht werden muss dabei aber: Selbst wenn es gelingt, im kommenden Doppelhaushalt 2010/11 dafür Ressourcen einzustellen, haben wir die dadurch gewonnenen Studierenden erst ab 2017 im Schuldienst zur Verfügung!
2. Nicht zuletzt darum muss der Einstellungskorridor sowie die Kapazität der zweiten Phase der Lehrerausbildung sofort angehoben werden. Jetzt haben wir noch deutlich mehr junge Leute an den Hochschulen bzw. AbsolventInnen. Wenn wir sie als Sachsen-Anhalt nicht jetzt gewinnen, hier bei uns in den Schuldienst einzustellen, werden wir sie wohl unwiederbringlich an andere Bundesländer verlieren.

Die pädagogischen Fachkräfte neben dem Lehrpersonal wären ein eigenes Referat wert. Darum kann ich an dieser Stelle nur kurz darauf eingehen. Zwei Dinge dazu:

- Zum einen brauchen wir dringend ein nachhaltiges Konzept für die pädagogischen MitarbeiterInnen im Land. Die Landesregierung ist hier nach wie vor säumig. Die pädagogischen MitarbeiterInnen leisten eine wertvolle Arbeit. Aber bei den Planungen der Landesregierung muss man davon ausgehen, dass sie als Auslaufmodell betrachtet werden. Die Vorgaben des Schulgesetzes zu den PMs werden unseres Erachtens schon nicht mehr vollumfänglich eingehalten bzw. umgesetzt.
- Zum anderen hatte bereits die Linksfraktion der letzten Legislaturperiode mit ihrem Schulreformgesetzentwurf vorgeschlagen, zusätzlich und Schritt für Schritt pädagogische Fachkräfte an die Schulen, vor allem in den Sekundarbereich I zu holen. Sie wären eine sinnvolle Ergänzung und Unterstützung für die Lehrerinnen und Lehrer. Wer auf die unterschiedlichen Voraussetzungen von Schülerinnen und Schülern ernsthaft eingehen will, wer individuell optimal fördern will, wer keinen zurücklassen will, muss dafür auch die personellen Voraussetzungen schaffen. Für diesen Bereich gibt es momentan noch kein adäquates Ausbildungsprofil an den Hochschulen. Wir drängen darauf, dies nachhaltig anzugehen.

Der Landtag hat auf Initiative meiner Fraktion eine Enquetekommission eingesetzt, die Empfehlungen für die zukünftige Personalentwicklung in Sachsen-Anhalt erarbeiten soll. Dabei haben wir vor allem darauf gedrängt, dass die Fragen der Qualität und des Ersatzbedarfes in die Betrachtung einbezogen werden. Mein Eindruck ist, dass die umfangreichen Anhörungen und Diskussionen dort einen Prozess eingeleitet haben, der bei Betroffenen wie FachpolitikerInnen das Problembewusstsein für die anstehenden Herausforderungen deutlich schärfen konnte. Den Finanzminister haben diese Dinge noch nicht nachhaltig erreicht. Ich setze aber darauf, dass im Ergebnis mehr herauskommt als ein Kräftemessen mit anderen Bundesländern um die besten fiskalischen Eckdaten.

DIE LINKE verschließt sich einer prüfenden Betrachtung der Personalausgaben des Landes nicht, allerdings setzen wir für uns klare inhaltliche Bedingungen:

1. Für den künftigen Einsatz des Bildungsbudgets hat die Gewährleistung hoher Bildungsqualität und eines breiten Bildungszuganges ohne soziale Ausgrenzung Priorität. Daran ist die Effektivität des Personaleinsatzes zu messen.

2. Über die derzeitige Personalausstattung kann unter dieser Prämisse konstruktiv diskutiert werden.
3. Es muss geprüft werden, in wie weit Lehrerinnen und Lehrer von Aufgaben entlastet werden können. Für diese Aufgaben können angemessen, aber geringer als Lehrkräfte qualifizierte Fachkräfte eingesetzt werden.
4. Veränderungen in der Personalbewirtschaftung der Schulen werden von uns angestrebt.

## **Bildungsfinanzierung**

Wir haben eine Föderalismusreform I hinter uns, die Mutter aller Reformen. Damit sind die beinahe letzten Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern abgeschnitten worden. Nun steht die Beschlussfassung über die Föderalismusreform II in naher Zukunft an.

Bundestag und Bundesrat hatten sich mit der FödReform II die Aufgabe gestellt, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Ziel der Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung. Die Mobilisierung der Ressourcen für den Umbau des Bildungssystems ist nach unserer Ansicht die zentrale haushaltspolitische Herausforderung der Bundesrepublik. Dies reicht weit über den Rahmen, der der Föderalismusreform gesetzt wurde, hinaus. Im Rahmen der Reform sollten jedoch Schritte zur Modernisierung der Finanzverfassung unternommen und Bildung neu als Gemeinschaftsaufgabe definiert werden. Denn ohne dass der Rahmen für die Bildungsfinanzierung neu gesetzt wird, bleibt offen, wie Bund, Länder und Kommunen die neuen Aufgaben schultern können.

Fest steht, die Bildungsausgaben sind in Deutschland insgesamt zu gering. Ohne öffentliche Mehrausgaben können selbst die Ziele des Wissenschaftsrates nicht erreicht werden: 50 Prozent Studienberechtigtenquote (derzeit 42,5 Prozent), 40 Prozent StudienanfängerInnenquote (37 Prozent), HochschulabsolventInnenquote 35 Prozent (21,1).

Der haushaltspolitische Handlungsbedarf wird von unterschiedlichen ExpertInnen auf etwa 40 Milliarden Euro bundesweit geschätzt. Damit würde die Bundesrepublik immer noch – gemessen an den SchülerInnen- und Studierendenzahlen – unter dem Niveau von 1975 und damit noch lange nicht in der Spitzengruppe der OECD-Länder liegen. Aber wichtige Aufgaben wären damit leistbar.

Völlig klar ist, ohne eine andere Steuerpolitik sind diese Dinge nicht zu schultern. Und klar ist auch: Die zuständigen Ebenen müssen in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben zu schultern. Man kann sich in der Frage, ob der Bildungsföderalismus generell zielführend ist, so oder so entscheiden. Aber, wie auch immer, entweder muss der Bund stärker in die Finanzierungspflicht genommen werden oder die finanzpolitische Situation der Länder muss gestärkt werden, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Mittel aus dem Solidarpakt II und den Mitteln der Europäischen Union mittelfristig sinken bzw. auslaufen werden.

Aber was geschieht: Es wird ein Schuldenverbot beschlossen! Wir sagen: Das bei der Föderalismusreform I beschlossene Kooperationsverbot in Bildungsfragen muss fallen. Und ebenso das jetzt angekündigte Schuldenverbot. Niemand ist interessiert an einer dauerhaften Politik auf Pump. Aber es wäre verheerend, den Ländern als maßgeblichen Trägern der Bildungspolitik dieses Instrument generell zu nehmen.

## **Fazit**

Ich hätte die Frage, die über meinem Referat steht („Unter welcher finanziellen und personellen Situation werden wir künftig gute Schulen in Sachsen-Anhalt gestalten können?“) sehr schnell und einfach beantworten können: unter einer schlechten! Aber natürlich würde das der Sache nicht gerecht werden.

Es gibt Faktoren, die wir in der Lage sind, sehr konkret zu beeinflussen, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist: die finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Wir sagen:

1. Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen. Darum muss ihr Anteil am Landeshaushalt konstant bleiben und perspektivisch steigen.
2. Die Bildungsausgaben sind gesamtdeutsch mindestens auf ein Niveau zu heben, das dem OECD-Durchschnitt entspricht. Dies kann nur bundesweit über eine Veränderung der Einnahmesituation des Bundes und der Länder geschehen.
3. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen muss wieder fallen ebenso wie das enge Korsett, das den Ländern mit der Föderalismusreform II angelegt werden soll.

Es gibt aber auch Faktoren, auf die wir aufgrund der Zeitabläufe nur noch geringen Einfluss haben – im Grunde ist nur noch eine kurzfristige Reaktion möglich: die Personalsituation.

Wir sagen:

1. Angesichts der Altersstruktur im Lehrkräftebereich müssen die Kapazitäten der Lehrerausbildung an den Hochschulen bzw. die der zweiten Phase sofort spürbar ausgebaut werden. Das Zeitfenster für diese Entscheidungen beginnt sich de facto mit dem nächsten Doppelhaushalt zu schließen.
2. Aufgrund der Tatsache, dass wir im Moment noch deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung haben und ein bundesweiter Wettbewerb um die Lehramtsabsolventen bereits begonnen hat, muss der aktuelle Einstellungskorridor des Landes sofort verbreitert werden und nicht erst dann, wenn die Altersabgänge deutlich zunehmen, denn dann werden uns diese jungen Leute nicht mehr zur Verfügung stehen.
3. Wir müssen die Planung des Personaleinsatzes stärker dorthin verlagern, wo er stattfindet – also auf die Ebene der Landkreise. Das Mittel der schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung scheint uns dafür ein geeignetes Mittel.

### **Gemeinschaftsschule als Chance**

In meinen Ausführungen ging es nicht um die pädagogischen Vorteile unseres schulpolitischen Konzeptes.

Aber lassen sich mich auf einen wichtigen Umstand noch ganz zum Schluss hinweisen:

Angesichts knapper werdender personeller und finanzieller Ressourcen erscheint es umso anachronistischer, die wenigen Schülerinnen und Schüler, die wir noch haben, auch noch auf möglichst viele Schulformen aufzugliedern. Eine gut gemachte Schule für alle Kinder wäre nicht nur ein Gewinn aus pädagogischer und gesellschaftlicher Perspektive, es wäre auch eine vernünftige Antwort auf sinkende Lehrerzahlen und finanzpolitische Spielräume.